

UNSER GEDENKEN HEISST:

Das Bündnis zum Gedenken an den 9. November ruft auch dieses Jahr wieder zu einer Gedenkkundgebung am Mahnmal an der ehemaligen Synagoge in der Levetzowstraße in Moabit auf. Anschließend wird eine antifaschistische Demonstration durch Moabit zum Deportationsmahnmal auf der Putlitzbrücke führen.

**Gedenkkundgebung
und antifaschistische
Demonstration**
am **9. November 2023**
um **18 Uhr** am **Mahnmal
Levetzowstraße,**
Berlin-Moabit

Weitere Termine und
Informationen findet
Ihr auch unter:
9november.blackblogs.org



**SOLIDARITÄT MIT
ALLEN VON
ANTISEMITISMUS
BETROFFENEN UND
ISRAEL ALS IHREM
ZUFLUCHTSORT**

**KEINE VERSÖHNUNG
MIT DEUTSCHLAND**

**GEGEN JEDEN
ANTISEMITISMUS**

**» ES IST
GESCHEHEN**

**UND
FOLGLICH**

**KANN ES
WIEDER GESCHEHEN. «**

Primo Levi

Gedenkkundgebung und
antifaschistische Demonstration
Mahnmal Levetzowstraße | Berlin-Moabit

9. November
1938–2023
18:00 Uhr

85 Jahre nach den Novemberpogromen;
Solidarität mit den Opfern des
deutschen Antisemitismus und Rassismus!

KEIN VERGEBEN – KEIN VERGESSEN: GEDENKEN HEISST HANDELN!

Als antifaschistisches Bündnis rufen wir am 9. November 2023, dem 85. Jahrestag der Novemberpogrome, zu einer Gedenkkundgebung am Mahnmal Levetzowstraße mit anschließender kraftvoller, antifaschistischer Demo durch Moabit auf.

Der 9. November 1938 war der Höhepunkt der Novemberpogrome und das Fanal für den Massenmord über 6 Millionen Juden*Jüdinnen. Schrittweise hatten die Nazis bis dahin die Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung mit Berufsverboten, dem Ausschluss aus Universitäten, dem Raub jüdischen Eigentums und der Markierung von Juden*Jüdinnen und anderen Minderheiten als „rassische Feinde“ der sogenannten „Volksgemeinschaft“ betrieben. Die Reichspogromnacht stellte den Übergang von der Diskriminierung zur Vernichtungspolitik dar. Staatlich orchestriert und angestoßen, kam es überall in Deutschland und Österreich unter der Anführung von SA und SS zu einem hasserfüllten Ausbruch des deutschen Mobs gegen die jüdische Bevölkerung. In ihrer antisemitischen Zerstörungswut plünderten sie jüdische Geschäfte und Wohnungen, zerstörten Friedhöfe und über die Hälfte der Synagogen und

Gebethäuser; viele wurden in Brand gesteckt. Jüdinnen*Juden wurden durch die Straßen getrieben, verschleppt, inhaftiert, vergewaltigt. Über 1300 wurden ermordet. Am 10. November erfolgten die ersten reichsweiten, systematischen Deportationen von 30 000 Jüdinnen*Juden in die ersten Konzentrationslager. Mit der weiteren Entrechtung und dem Verbot der Auswanderung ab 1941 wurden immer mehr Jüdinnen*Juden verhaftet. Die Menschen, denen es nicht gelang zu fliehen oder sich zu verstecken, wurden weiter über die Deportationsstationen in die besetzten Ostgebiete geschickt, um sie dort in den Vernichtungslagern zu ermorden. Allein vom Güterbahnhof Moabit wurden über 32 000 Jüdinnen*Juden deportiert. In langen Marschkolonnen wurden sie mitten am Tag durch Moabit getrieben, das rund um das Westfälische Viertel Heimat vieler Jüdinnen*Juden war, um in den am Bahnhof bereit stehenden Waggons abtransportiert zu werden.

Was bis dahin eine unheilvolle Bedrohung war, wurde Realität: Der vom antisemitischen Wahn getriebene Versuch der Vernichtung aller und jedes einzelnen Juden, jeder einzelnen Jüdin, der erst mit der Niederlage Nazideutschlands 1945 gestoppt werden konnte.

Die heutige deutsche „Erinnerungskultur“, die von Staat, Politik und Zivilgesellschaft getragen wird, war ein langer, widerstands- und widerspruchsvoller Prozess, der teils von Überlebenden und Antifaschist*innen erkämpft, von juristischen Meilensteinen wie dem Eichmann- und den Auschwitzprozessen angestoßen wurde, aber auch durch die staatliche Institutionalisierung des Gedenkens ab den 1990er Jahren stabilisiert wurde. Damit wurde die „Aufarbeitung der Vergangenheit“ zugleich zur staatstragenden Doktrin funktionalisiert. 1945 wurde zur Stunde Null, zum ideologischen Symbol des absoluten Bruchs mit der „Volksgemeinschaft“. Vom Fortleben nationalsozialistischer Ideologie wollten und wollen die gut gewordenen Deutschen nichts wissen. Bis heute gilt: „Von allem nichts gewusst!“ In ihren Familien gab es keine Nazis, alle waren im Nachhinein kleinere oder größere Widerständler. Die liberale Bundesrepublik ist heute „stolz“ auf ihr Holocaustmahnmal, weil sie einen Schlusstrich unter die Vergangenheit gesetzt hat.

Doch neben den kontinuierlichen und unverhohlenen Angriffen auf das Gedenken an die Shoah und dessen Leugnung von Neonazis und anderen Rechten, bricht sich auch die unbewusste Schuldabwehr der Erinnerungsgemeinschaft selbst immer wieder Bahn. Etwa wenn Liberalnationale von der „Moralkeule Auschwitz“ sprechen (Martin Walser), der Antisemitismus der Linksliberalen so schwer auf ihnen lastet, dass er „gesagt werden muss“ (Günter Grass), antisemitische Flugblätter in Schulranzen von heutigen Regierungsverantwortlichen als

„Jugendsünde“ bezeichnet werden (Hubert Aiwanger) oder in Form der Anschläge und hinterlassenen antisemitischen, rassistischen, LGBTIQ*-feindlichen Schriften in Berlin etwa an der abgebrannten Bücherbox am Gedenkort Gleis 17 und dem Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen. Dies zeigt sich ebenfalls häufig, wenn eine vermeintlich linke Palästinasolidarität dafür herhalten muss, die eigenen antisemitischen Aggressionen gegen den jüdischen Staat mit moralisch gutem Gewissen ausleben zu können. Dabei dient der israelische Staat nicht nur als Projektionsfläche für die „Vergangenheitsbewältigung“ der deutschen Antisemit*innen, er ist auch das internationale Feindbild eines globalen Antisemitismus geworden – ganz unabhängig davon, welche Regierung in Israel an der Macht ist.

Es gilt für uns Antifaschist*innen, für die Existenz des Staates Israel, das heißt den Staat der Überlebenden der Shoah, als Zufluchtsort und notwendige Sicherheitsgarantie für Jüdinnen*Juden einzustehen und sich mit der starken israelischen Demokratiebewegung zu solidarisieren.

Antifaschistisches Gedenken heißt für uns, die Widersprüche der deutschen „Vergangenheitsbewältigung“ ernst zu nehmen, jede Form des deutschen „Wirs“ anzugreifen und das Fortwähren des Antisemitismus aufzuzeigen und zu bekämpfen – erst recht in Zeiten einer sich erneut verschärfenden deutschen und europäischen Politik gegen Geflüchtete, wieder aufkeimenden rassistischen Mobilisierungen und extrem rechten Wahlerfolgen.